



# LANDKREIS WOLFENBÜTTEL

Geschäftszeichen

Wolfenbüttel, den 24. Januar 2018

## Protokoll

### über die 7. Sitzung des XVIII. gewählten Kreistages

#### -öffentlicher Teil-

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Montag, 15.01.2018
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	22:46 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal

---

#### Teilnehmerinnen/Teilnehmer

##### Landrätin

Steinbrügge, Christiana

##### CDU-Fraktion

Eichenlaub, Günter

Fricke, Dietmar

Glier, Andreas

Großer, Elke

Stellv. Vorsitzende Kreistag

Hantelmann, Klaus

Kanter, Heike

Koch, Manfred

Lagosky, Uwe

Vorsitzender CDU

Löhr, Norbert

Oesterhelweg, Frank

Plumeyer, Henning

ab TOP 6

Rautmann, Dirk

Schäfer, Uwe

Stellver. Landrat

Wolff, Michael

ab TOP 3

##### AfD-Fraktion

Barnstorf-Brandes, Jürgen

Heid, Klaus-Dieter

bis Mitte TOP 18

Nieder, Achim

Pastewsky, Jürgen

Vorsitzender AfD

Wolfrum, Manfred Dr.

bis Mitte TOP 18

##### GRÜNE-Fraktion

Barkhau, Holger

Vorsitzender GRÜNE

Dette, Ehrhard  
Gerndt, Reinhard Dr.  
Nagel, Hilmar  
Wagner-Judith, Christiane

Stellv. Vorsitzender Kreistag  
  
Stellver. Landrätin

**FDP-Fraktion**

Fach, Thomas  
Försterling, Björn

Vorsitzender FDP

**DIE LINKE-Fraktion**

Schulz, Hartmut  
Stoppok, Arnfred

Vorsitzender DIE LINKE

**SPD-Fraktion**

Albinus, Martin  
Bosse, Marcus  
Brandes, Katrin  
Deitmar, Reinhard  
Eichenlaub, Joachim  
Fahlbusch, Susanne  
Ganzauer, Oliver  
Hausmann, Michael  
Hensel, Falk  
Keye, Bernfried  
Koch, Harald  
Märtens, Julian  
Münch, Janna  
Naumann, Ruth  
Resch-Hoppstock, Sabine  
Sandte, Michael

ab TOP 7  
  
Vorsitzender Kreistag bis Mitte TOP 18  
  
Vorsitzender SPD  
  
Stellver. Landrat

**Von der Verwaltung**

Hortig, Martin Dezernent  
Klooth, Kathrin  
Schillmann, Claus-Jürgen  
Wilhelm, Andree  
Löb, Susanne  
Eidam, Julia

Erster Kreisrat  
Kreisverwaltungsdirektorin  
Kreisbaurat  
Pressesprecher  
Gleichstellungsbeauftragte  
Protokollführerin

**Es fehlen:**

**CDU-Fraktion**

von Veltheim, Alexander

**SPD-Fraktion**

Meyn, Lennie

---

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung:**

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 59 und 65 NKomVG i.V.m. §§ 2, 5b GO)
3. Feststellung der Nachbesetzung der Ausschüsse (§ 71 Abs. 5 NKomVG)
4. Feststellung der Tagesordnung (5c GO)
5. Genehmigung des Protokolls über die 6. Sitzung des XVIII. gewählten Kreistages am 13.11.2017
6. Anfragen
  - 6.1. Einwohnerfragestunde (§ 18 GO)
  - 6.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§ 17 GO)
7. Neu- und Änderungsanträge „Kulturförderung“  
Vorlage: XVIII-0212/2017
8. Integrations- und Teilhabekonzept im Landkreis Wolfenbüttel  
Vorlage: XVIII-0236/2017
9. Haushalt 2018 des Eigenbetriebes Bildungszentrum Landkreis Wolfenbüttel  
Vorlage: XVIII-0231/2017
10. Neuausrichtung der freiwilligen Förderung an die Lukas-Werk Gesundheitsdienste GmbH.  
Vorlage: XVIII-0244/2017
11. Gewährung von Zuschüssen im Rahmen der freiwilligen Förderung an Träger der freien Wohlfahrtspflege und sonstige Institutionen  
Vorlage: XVIII-0230/2017/5
12. Quartalsbericht III/2017 Landkreis Wolfenbüttel  
Vorlage: XVIII-0232/2017
13. Kooperation mit der Ostfalia Hochschule im Bereich Wissens- und Technologietransfer  
Vorlage: XVIII-0239/2017
14. Errichtung von Arbeitsorten (Co-Working Spaces) als infrastrukturelle Unterstützung von Unternehmensgründungen an den Standorten Wolfenbüttel (Exer) und Remlingen (Forum Asse)  
Vorlage: XVIII-0237/2017
15. Zuwendung an den Tourismusverband Nördliches Harzvorland e. V.  
Vorlage: XVIII-0240/2017
16. Kündigung der Fördervereinbarung mit TV 38 e.V.  
Vorlage: XVIII-0241/2017
17. Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2018-  
Stellenplan des Landkreises Wolfenbüttel für Haushaltsjahr 2018  
Vorlage: XVIII-0230/2017/4
18. Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2018  
Vorlage: XVIII-0230/2017
19. Wahl von Vertrauenspersonen als Beisitzerinnen und Beisitzer im  
Schöffenwahlausschuss für die Amtsgerichte Salzgitter und Wolfenbüttel  
Vorlage: XVIII-0227/2017

20. Annahme von Spenden und Zuwendungen über 2.000 € durch den Kreistag  
Vorlage: XVIII-0229/2017
  21. Annahme von Spenden und Zuwendungen über 2.000 € durch den Kreistag  
Vorlage: XVIII-0249/2017
  22. Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4  
NKomVG i.V.m. § 5h GO)
  23. Einwohnerfragestunde (§§ 18, 5 i GO)
- 

## **Öffentliche Sitzung**

### **TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Vorsitzender Ganzauer eröffnet um 17:00 Uhr die 6. Sitzung des XVIII. gewählten Kreistages und heißt die Erschienenen herzlich willkommen.

Vorsitzender Ganzauer führt an, dass die KAbge. Meyn und von Veltheim entschuldigt fehlen. KAbge. Deitmar, Plumeyer und Wolff erscheinen verspätet.

Vorsitzender Ganzauer gratuliert KAbg. Försterling zu seiner Hochzeit.

### **TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 59 und 65 NKomVG i.V.m. §§ 2, 5b GO)**

Vorsitzender Ganzauer stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

### **TOP 3 Feststellung der Nachbesetzung der Ausschüsse (§ 71 Abs. 5 NKomVG)**

Vorsitzender Ganzauer trägt die eingereichte Umbesetzung in der Asse-2-Begleitgruppe vor.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

## **Beschluss:**

KAbg. Dr. Gerndt wird anstelle von KAbg. Dette ordentliches Mitglied in der Asse-2-Begleitgruppe

#### **TOP 4 Feststellung der Tagesordnung (5c GO)**

Vorsitzender Ganzauer merkt an, dass die Tagesordnungspunkte 8 „Haushalt 2018 des Eigenbetriebes Bildungszentrum Landkreis Wolfenbüttel; Vorlage XVIII-0231/2017“ und 9 „Integrations- und Teilhabekonzept im Landkreis Wolfenbüttel; Vorlage XVIII-0236/2017“ getauscht werden müssen, da das Integrations- und Teilhabekonzept haushaltsrelevante Punkte enthalte. Weitere Änderungen werden nicht vorgetragen.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

#### **Beschluss:**

Die Tagesordnung wird unter vorgenanntem Tausch der Tagesordnungspunkte genehmigt.

#### **TOP 5 Genehmigung des Protokolls über die 6. Sitzung des XVIII. gewählten Kreistages am 13.11.2017**

Vorsitzender Ganzauer erklärt, dass keine Änderungswünsche vorliegen.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

#### **Beschluss:**

Das Protokoll über die 6. Sitzung des XVIII.- gewählten Kreistages am 13.11.2017 wird genehmigt.

#### **TOP 6 Anfragen**

##### **TOP 6.1 Einwohnerfragestunde (§ 18 GO)**

Herr Birkner nimmt Bezug auf seinen Vorschlag zur Förderung von Basisinfrastrukturmaßnahmen im Rahmen touristischer Einrichtungen in Höhe von 20.000 € und fragt nach, warum er dazu keine Antwort von den Fraktionen erhalten habe?

Nach kurzer Diskussion, stellt sich heraus, dass Herr Birkner nur die SPD-Kreistagsfraktion von seinem Anliegen unterrichtet habe. Landrätin Steinbrügge erklärt, dass die Tagesordnung einen Beratungspunkt zum Thema Tourismusverband vorsehe und die Diskussion zunächst abgewartet werden sollte.

Herr Seifart nimmt Bezug auf seine Anfrage auf der 6. Sitzung des XVIII.-gewählten Kreistages und die Aussage, dass eine Landrätin keine Protokolle manipulieren und die Geschäftsordnung nicht missachten dürfe. Er fragt nach, wie der Kreistag im Anschluss daran, bei der Beratung der Dienstaufsichtsbeschwerde, keine Pflichtverletzung durch die Landrätin als Vorsitzende der Asse-2-Begleitgruppe festgestellt konnte.

Vorsitzender Ganzauer antwortet, dass die Vorwürfe im Rahmen der Dienstaufsichtsbeschwerde inhaltlich geprüft wurden und der Kreistag kein Fehlverhalten feststellen konnte.

Herr Birkner nimmt Bezug auf die Tagesordnungspunkte 13 und 14 und fragt nach, warum in der Regel der Standort Wolfenbüttel für neue Projekte gewählt werde. Im ländlichen Raum und insbesondere in Remlingen gebe es zahlreiche Leerstände, wo sich aktuelle Projekte und Maßnahmen realisieren ließen.

Landrätin Steinbrügge antwortet, dass die Stärkung des ländlichen Raumes ein wichtiges und stetes Thema sei. Der Standort am Exer sei mit Blick auf die Unternehmen interessant, die die Nähe zur Hochschule suchen. Für die Co-Working Spaces werde jedoch auch an andere Standorte gedacht, beispielsweise in Remlingen.

Herr Wendt nimmt Bezug auf die problematische Lage für Radfahrer an der B82, welche verhindert, dass Radfahrer sicher von Schladen nach Beuchte und andersrum gelangen und fragt nach, ob der Landkreis Wolfenbüttel für eine Einrichtung eines Radweg durch die Feldmark zuständig sei? Hierzu habe es bereits eine Unterschriftensammlung der Bürgerinnen und Bürger gegeben.

Kreisbaurat Schillmann antwortet, dass die Unterschriftensammlung und das Anliegen hier nicht bekannt seien. Derzeit werde das Radverkehrskonzept fortgeschrieben. Das vorgetragene Anliegen werde geprüft. Eine kurzfristige Lösung könne jedoch nicht in Aussicht gestellt werden.

Herr Feder stellt nachstehende Anfragen:

1. Bezugnehmend auf die Verringerung von Emissionen werde nachgefragt, ob in Richtung Schaffung neuer Verkehrskreisel gedacht wurde?
2. Weiterhin entstehe der Eindruck, dass an den Bundes-, Landes- und Kreisstraßen immer mehr Bäume verschwinden. Auch auf Privatgrundstücken gehe der Bestand zurück. Wie werde die Kreisverwaltung diesem Rückgang entgegenwirken?
3. Bezugnehmend auf die zahlreichen Projekte im Bereich des ÖPNV der Stadt Braunschweig werde nachgefragt, ob eine Kooperation möglich wäre? Gedacht werde beispielsweise an eine Weiterführung der Straßenbahnlinie aus Braunschweig nach Sickinge.

Landrätin Steinbrügge erklärt, dass zurzeit die Errichtung eines Verkehrskreisel zwischen Klein Schöppenstedt/ Cremlingen/ Weddel geprüft werde. Über weitere Stellen werde ebenfalls nachgedacht. Es sei gut vorstellbar, dass der Verkehr dadurch flüssiger gestaltet sowie Emissionen und Unfallzahlen vermieden werden können. Zu dem Eindruck, dass immer mehr Bäume verschwinden werde angemerkt, dass das Thema Biotopvernetzung ein wichtiges Anliegen der Kreisverwaltung sei. Kreisbaurat Schillmann ergänzt, dass die Kreisverwaltung über eine Aufstellung der Bäume im Kreisgebiet verfüge und bestrebt sei, die Anzahl in jedem Jahr zu steigern. Für die Bepflanzung von Bäumen an Straßen gebe es, aufgrund von Unfallgefahren, klare Vorgaben vom Bund, Land und dem Gemeinde-Unfallversicherungsverband (GUV). Landrätin Steinbrügge erklärt, dass der Landkreis Wolfenbüttel sich an vielen Stellen mit dem Thema beschäftige und in diesem Jahr das Sozialticket einführe, welches zu einem Mobilticket führen solle. Der Ausbau einer Straßenbahnlinie sei aber ein ambitioniertes Ziel, da besonders kostenintensiv. Gespräche mit der

Stadt Braunschweig zu Mobilitätsfragen werden jedoch nicht ausgeschlossen.

## **TOP 6.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§ 17 GO)**

KAbg. Oesterhelweg greift teilweise die angesprochenen Themen der Bürger auf und fragt nach:

1. Wurde darüber nachgedacht an den Straßen mit Unfallgefahren Hecken statt Bäume zu errichten?
2. Welche verschiedenen Kategorien/ Größenordnungen von Verkehrskreisel gebe es und welchen Kostenrahmen beanspruchen diese? Hierzu werde eine schriftliche Zusammenstellung erbeten.
3. Wie sei der aktuelle Stand zum Kreisheimatarchiv und den kleinen Museen? Welche Zeitschiene gebe es? Wer bestimme die Teilnehmer/innen für den Workshop? Werde Herr Kumlehn eingeladen?

Kreisbaurat Schillmann antwortet auf die ersten beiden Anfragen. Über die Errichtung von Hecken wurde in den speziellen Fällen noch nicht nachgedacht. Die Anregung werde jedoch notiert. Weiterhin sei geplant zu dem Thema Verkehrskreisel auf der Sitzung des Betriebsausschusses am 11.04.2018 zu informieren. Kreisbaurat Schillmann bittet, von weiteren Zusammenstellungen zu dem Thema bis dahin abzusehen.

KAbg. Oesterhelweg erklärt sich einverstanden. KAbg. Glier bittet in die Information im Betriebsausschuss auch den geplanten Kreisel an der Kreuzung Salzdahlum/ Ahlum/ Atzum/ Apelnstedt einzubeziehen.

Auf die 3. Anfrage erklärt Landrätin Steinbrügge, dass die Bundesakademie für kulturelle Bildung zurzeit einen Termin für eine Praxistagung zum Kreisheimat-Magazin mit dem Landkreis abstimme. Darüber hinaus werde die Bundesakademie in Zusammenarbeit mit der Fachabteilung des Landkreises ein Konzept zur Tagungsplanung vorlegen. Die Veranstaltung werde nicht öffentlich, sondern in einem im Vorfeld abgestimmten Teilnehmerkreis stattfinden. Es sei durchaus vorgesehen, dass örtliche Akteure/Akteurinnen eingebunden werden.

KAbge. Großer und Oesterhelweg nehmen Bezug auf die Themen Sozial-/Mobilticket und fragen nach, ob bereits Gespräche mit dem Regionalverband geführt wurden? Auf welche Art und Weise und wann werde das Sozialticket eingeführt?

Landrätin Steinbrügge erklärt, dass am 18.12.2017 ein Gespräch mit dem Regionalverband stattgefunden habe. Über das Gespräch werde in dem anstehenden Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Integration berichtet. Das Sozialticket werde aller Voraussicht nach zum 01.08.2018 eingeführt.

KAbg. Nagel erkundigt sich im Hinblick auf die Einschleppung der afrikanischen Schweinepest nach einem landkreisweiten Warnsystem.

KAbg. Oesterhelweg fragt nach, wie schnell die Kreisverwaltung handlungsfähig sei, da die afrikanische Schweinepest schnell ausgelöst werden könnte.

KAbg. H. Koch und Vorsitzender Ganzauer erklären, dass der Landkreis Goslar derzeit die anfallenden Kosten für weitere Abschüsse übernehme und fragen nach, ob solch ein Vorgehen auch im Landkreis Wolfenbüttel geplant sei?

Landrätin Steinbrügge antwortet, dass eine landkreisweite Arbeits- und Kommunikationsstruktur im

Aufbau sei. Die relevanten Akteure/Akteurinnen, wie Jägerschaft, Landvolk/ Bauernverbände, Landesforsten, Polizei sowie ggf. die untere Naturschutzbehörde, seien eingebunden und ggf. Mitglieder in einem Krisenstab.

Erster Kreisrat Hortig merkt an, dass die Übernahme der Kosten für weitere Abschüsse derzeit noch nicht geplant sei, aber zu gegebener Zeit darüber befunden werden könnte. Derzeit werde dazu eine entsprechende Verordnung des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz erwartet, um rechtlich Klarheit zu erlangen.

KAbg. M. Koch nimmt Bezug auf die Ehrenamtskarte und bittet um eine Übersicht, welche Personen derzeit im Besitz der Karte seien, welche Vergünstigungen damit einhergehen und wie sich das Vorschlagsrecht gestalte.

**Anmerkung der Verwaltung:**

*Als Zeichen der Anerkennung für langjähriges intensives bürgerschaftliches Engagement wird die Niedersächsische Ehrenamtskarte (E-Karte) von den kommunalen Gebietskörperschaften verliehen. Karteninhaber und -inhaberinnen erhalten in Niedersachsen und Bremen Vergünstigungen bei der Nutzung einiger öffentlicher und privatwirtschaftlicher Angebote, Veranstaltungen und Dienstleistungen. Die E-Karte ist personenbezogen, drei Jahre gültig, verlängerbar, aber nicht übertragbar.*

*Eine Liste der Vergünstigungen in Stadt und Landkreis Wolfenbüttel ist als **Anlage 1** zum hiesigen Protokoll beigefügt.*

*Ausführliche Informationen zur Niedersächsischen Ehrenamtskarte sind auf der Internetseite [www.freiwilligenserver.de](http://www.freiwilligenserver.de) nachzulesen.*

*Ein Vorschlagsrecht für die E-Karte hat potentiell jeder. Die Anträge sind aber von den Ehrenamtlichen selbst zu stellen und ihr Einsatz ist von den betreffenden Vereinen und Organisationen durch Unterschrift zu bestätigen. Der Landkreis Wolfenbüttel prüft den Antrag und leitet ihn an die Niedersächsische Staatskanzlei weiter. Nach der Bearbeitung wird die E-Karte von der Staatskanzlei über den Landkreis postalisch an die Ehrenamtlichen gesandt. Auf Vorschlag und in Abstimmung mit dem Landkreis wurden in den Vorjahren einzelne Ehrenamtskarten im Rahmen des zweijährig stattfindenden Tages des Ehrenamts feierlich verliehen.*

*Antragsteller und Antragstellerinnen müssen mindestens 18 Jahre alt, sollten seit mindestens drei Jahren für das Gemeinwohl in einer Organisation tätig sein und mindestens fünf Stunden ehrenamtliche Arbeit pro Woche bzw. 250 Stunden im Jahr leisten. Ihre ehrenamtliche Arbeit sollte – außer einer möglichen Erstattung unmittelbarer Kosten – ohne Aufwandsentschädigung erfolgt sein.*

*Von 2015-2017 wurden 103 Neuanträge und 54 Verlängerungen bearbeitet. Die überwiegende Zahl der Antragsteller und Antragstellerinnen kam aus dem Stadtgebiet Wolfenbüttel. Bei ihnen handelte es sich etwa um Angehörige der Freiwilligen Feuerwehren, des Naturschutzes oder der Freiwilligenagentur.*

*Aus Datenschutzgründen kann keine Übersicht der aktuellen Karteninhaber/-innen erstellt werden.*

**TOP 7    Neu- und Änderungsanträge „Kulturförderung“  
Vorlage: XVIII-0212/2017**

KAbg. Hantelmann erläutert die Vorlage: XVIII-0212/2017.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

**Beschluss:**

Die Kulturzuwendungen werden - wie mit den Sachverständigen auf Basis der Anlagen (2 und 5-16) der Vorlage XVIII-0212/2017 beraten – beschlossen.

Ohne Aussprache ergeht nachstehende

**Kenntnisnahme:**

Die Bewilligungen (Anlage 3 und 4 der Vorlage XVIII-0212/2017), die nach der Zuwendungsrichtlinie Kulturförderung (Satz 4 A) in der Kompetenz der Fachabteilung, der Landrätin und des Verwaltungsrates liegen, werden zur Kenntnis genommen.

**TOP 8 Integrations- und Teilhabekonzept im Landkreis Wolfenbüttel  
Vorlage: XVIII-0236/2017**

KAbg. Großer erläutert die Vorlage: XVIII-0236/2017.

KAbge. Brandes, Großer, G. Eichenlaub und Lagosky sowie die stellvertr. Landrätin Wagner-Judith sprechen sich im Namen ihrer Fraktionen für das Integrations- und Teilhabekonzept aus. Es sei breit gefächert, beinhalte alle Aspekte der Integration, führe den Gedanken aus dem Zukunftsprofil des Landkreises Wolfenbüttel weiter und betrachte nicht nur zugewanderte Personen, sondern die gesamte Gesellschaft. Positiv werden ebenfalls die Erstellung und der Betrieb einer zentralen Datenbank als ämterübergreifende Planungsgrundlage für die Fortschreibung und Messbarkeit des Konzeptes gesehen. Für die Integration von Zugewanderten, worunter auch Spätaussiedler und Personen aus Osteuropa zu fassen seien, habe der Landkreis Wolfenbüttel Sorge zu tragen. Es gehe u.a. darum, Parallelgesellschaften zu vermeiden, für eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu sorgen und allen Menschen eine Teilhabe am Leben zu ermöglichen. Dies seien Aufgaben, die sich die Kreisverwaltung in Zukunft stellen müsse. Das Integrations- und Teilhabekonzept ziele dabei in die richtige Richtung.

KAbge. Dr. Wolfrum und Nieder sprechen sich gegen das Integrations- und Teilhabekonzept aus, da es aus Sicht der AfD-Kreistagsfraktion zu kurz gefasst sei und sich fast ausschließlich mit der Integration von Flüchtlingen auseinandersetze und sich eben nicht, wie angekündigt, um die gesamte Gesellschaft, insbesondere Arbeitslose, Obdachlose, Alleinerziehende, sozial Benachteiligte sowie schwache Schülerinnen und Schüler kümmere. Im Rahmen der Integration von Flüchtlingen und Migrantinnen/Migranten werde eher eine Bringschuld von den Zugewanderten als von dem Gastland gesehen. Die AfD-Kreistagsfraktion sehe starken Nachbesserungsbedarf bei dem vorliegenden Konzept und werde daher die Beschlussfassung ablehnen.

KAbg. Lagosky merkt an, dass nicht nur Kritik geäußert, sondern sogleich Verbesserungsvorschläge eingebracht werden müssten.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mehrheitlich mit 40 Ja- und 5 Neinstimmen nachstehenden

**Beschluss:**

1. Das als Anlage 1 zur Vorlage XVIII-0236/2017 beigefügte Integrations- und Teilhabekonzept im Landkreis Wolfenbüttel wird beschlossen.
2. Die Umsetzung der in den Handlungsfeldern und Querschnittsthemen des Integrations- und Teilhabekonzeptes für das Jahr 2018 definierten Maßnahmen wird beschlossen (Anlage 2 zur Vorlage XVIII-0236/2017).

**TOP 9     Haushalt 2018 des Eigenbetriebes Bildungszentrum Landkreis  
              Wolfenbüttel  
              Vorlage: XVIII-0231/2017**

KAbg. Hantelmann erläutert die Vorlage: XVIII-0231/2017.

KAbg. Heid erklärt, dass sich das Bildungszentrum mit seinem Haushalt 2018 den Entwicklungen auf Landes- und Bundesebene anschließe. Insbesondere der Bereich Integration belaste den Haushalt 2018 des Bildungszentrums und damit die Steuerzahler. Kosten durch Migration werden teils verschleiert dargestellt und Kosten und Nutzen einiger Maßnahmen stünden in keiner Relation, was auch Studien des statistischen Bundesamtes belegen. Auch die Änderungsliste zum Haushalt beinhalte zahlreiche Aufwendungen für Integration. Aus Sicht der AfD-Kreistagsfraktion könnte stattdessen mit diesem Geld die soziale Situation vieler Menschen verbessert werden. Als Beispiel sei insoweit das Sozialticket genannt, wo seit rund acht Jahren diskutiert werde, aber die Umsetzung noch auf sich warten ließe.

KAbg. Hantelmann entgegnet, dass es eine Integration von neuzugezogenen Bürgerinnen und Bürgern nicht zum Nulltarif gebe. Der Bereich Integration sei richtig im Bildungszentrum angesiedelt, da dort entsprechende Kompetenzen vorgehalten werden. Alle Bildungseinrichtungen seien Zuschussgeschäfte, die mit Steuermitteln finanziert werden. Das war immer so und werde auch so bleiben. Früher wurde das Defizit des Bildungszentrums jedoch durch die Dividende der E-ON-Aktie finanziert, nunmehr belaste das Defizit den Kernhaushalt des Landkreises. Der Kostenfaktor werde jedoch stets im Auge behalten. Dementsprechend werden Teilnehmerentgelte und Raummieten regelmäßig angepasst. Sicher könne und müsse darüber gesprochen werden, ob alle Aufgaben richtig im Bildungszentrum angesiedelt seien. Hier werde jedoch das in Auftrag gegebene Organisationsgutachten Aufschluss geben.

KAbg. Hensel merkt an, dass es Aufgabe der Politik sei, Verbesserungsvorschläge einzubringen und nicht nur Kritik zu üben. Darüber hinaus werde kritisch angemerkt, dass KAbg. Heid Vorsitzender des Verwaltungsrates Eigenbetrieb Bildungszentrum sei und solche diskriminierenden und einseitigen Vorhaltungen nicht hingenommen werden könnten. Das Bildungszentrum ermögliche Bildung und Teilhabe für alle Schichten. Es war seit je her ein Defizitgeschäft, was nicht alleine auf den Bereich Integration zurückzuführen sei.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mehrheitlich mit 40 Ja-, 4 Nein- und 1 Stimmenthaltung nachstehenden

**Beschluss:**

1. Der zur Vorlage XVIII-00231/2017 als Anlage beigefügte Haushaltsplan des Eigenbetriebes Bildungszentrum Landkreis Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2018 wird beschlossen.
2. Die zur Vorlage XVIII-00231/2017 als Anlage beigefügte Änderungsliste zum Haushaltsplan des Eigenbetriebes Bildungszentrum Landkreis Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2018 wird beschlossen.

**Anmerkung der Kreisverwaltung:**

Das von KAbg. Oesterhelweg erbetene Wortprotokoll ist der **Anlage 2** des hiesigen Protokolls zu entnehmen. Es wird darauf hingewiesen, dass ein Wortprotokoll gem. § 19 Abs. 2 Satz 1 der Geschäftsordnung für den Kreistag ausgeschlossen ist.

Dementsprechend wurden ausnahmsweise die Passagen wortwörtlich aufgeschrieben, welche größtenteils neben der inhaltlichen Diskussion zum Haushalt des Bildungszentrums geführt wurden.

**TOP 10 Neuausrichtung der freiwilligen Förderung an die Lukas-Werk Gesundheitsdienste GmbH.  
Vorlage: XVIII-0244/2017**

KAbg. Großer erläutert die Vorlage: XVIII-0244/2017.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

**Beschluss:**

1. Mit der Lukas-Werk Gesundheitsdienste GmbH wird für die allgemeine Suchtberatung und psychosoziale Betreuung eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen, um eine Beratungsstelle zu unterhalten. Finanziert werden 2 Vollzeitkräfte (VK) (Beratung und Betreuung), 0,5 VK (Verwaltung) sowie anteilig Leitungs-, Sach- und Verwaltungsausgaben. Dafür werden Mittel bis zu 97.000 Euro zur Verfügung gestellt.
2. Die Lukas-Werk Gesundheitsdienste GmbH erhält einen Zuschuss in Höhe von 21.000 Euro, um weiterhin den Tagestreffpunkt „Café Clara“ aufrecht erhalten zu können.

**TOP 11 Gewährung von Zuschüssen im Rahmen der freiwilligen Förderung an Träger der freien Wohlfahrtspflege und sonstige Institutionen  
Vorlage: XVIII-0230/2017/5**

KAbg. Großer erläutert die Vorlage: XVIII-0230/2017/5.

KAbge. Lagosky und Resch-Hoppstock sowie stellvertr. Landrätin Wagner-Judith sprechen sich grundsätzlich für eine Steigerung der Zuschüsse im Rahmen der freiwilligen Förderungen an Träger der freien Wohlfahrtspflege und sonstige Institutionen aus. Während die CDU-Kreistagsfraktion an der 2%-igen Steigerung der Zuschüsse festhalten möchte, sprechen sich die Kreistagsfraktionen von SPD und GRÜNE in der Regel für die von den Institutionen beantragten Zuschüsse aus, auch wenn diese über der verabredeten Dynamisierung von 2 % liegen.

Vorsitzender Ganzauer lässt sodann einzeln über die vom Kreisausschuss empfohlenen Beschlusspunkte abstimmen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

**Beschluss:**

Die Zuschussempfänger, die keine wesentliche Erhöhung für das Jahr 2018 geltend gemacht haben, erhalten die Zuschüsse, die sich aus der beigefügten Anlage (s. Spalte „geplanter Auszahlungsbetrag“) ergeben.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mehrheitlich mit 25 Ja- und 20 Neinstimmen nachstehenden

**Beschluss:**

Der Zuschuss an die 5 Wohlfahrtsverbände (siehe Nr. 1 in der Anlage) wird in Höhe von 28.000 € je Verband gewährt.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei 5 Stimmenthaltungen nachstehenden

**Beschluss:**

Der DRK Kreisverband erhält einen Zuschuss in Höhe von 21.200 €, um die Aktivitäten auf dem Gebiet der Flüchtlingshilfe weiter fortzuführen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mehrheitlich mit 25 Ja- und 20 Neinstimmen nachstehenden

**Beschluss:**

Die Ausländersozialberatung der AWO erhält einen Zuschuss in Höhe von 30.000 €, damit die Stelle im Umfang von 30 Stunden wöchentlich besetzt und das Beratungsangebot entsprechend ausgeweitet werden kann.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mehrheitlich mit 40 Ja-, 3 Neinstimmen und 2 Stimmenthaltungen nachstehenden

**Beschluss:**

Der Caritasverband für Stadt und Landkreis Wolfenbüttel e.V. erhält einen Zuschuss, um weiterhin die Beratung in den Gemeinden Baddeckenstedt, Cremlingen und Oderwald wie bisher im Umfang von 30 Stunden wöchentlich durchführen zu können. Dafür wird ein Zuschuss in Höhe von maximal bis zu 40.525 € gewährt, vorbehaltlich vorrangig einzusetzender Mittel aufgrund der Richtlinie Migrationsberatung.

**TOP 12    Quartalsbericht III/2017 Landkreis Wolfenbüttel  
Vorlage: XVIII-0232/2017**

KAbg. H. Koch erläutert die Vorlage: XVIII-0232/2017.

Ohne Aussprache ergeht nachstehende

**Kenntnisnahme:**

Der Bericht zum 30.09.2017 des Landkreises Wolfenbüttel wird zur Kenntnis genommen. Gegenüber der Planung verbessert sich das Ergebnis voraussichtlich um 19.026.200,-- €.

**TOP 13 Kooperation mit der Ostfalia Hochschule im Bereich Wissens- und Technologietransfer  
Vorlage: XVIII-0239/2017**

KAbg. H. Koch erläutert die Vorlage: XVIII-0239/2017.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei 1 Stimmenthaltung nachstehenden

**Beschluss:**

Die Kooperation im Bereich des Wissens- und Innovationstransfer im Landkreis Wolfenbüttel mit der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaft wird für drei Jahre fortgeführt. Die hierfür erforderlichen Mittel für die Hälfte einer E 11-Stelle TV-L in Höhe von 35.000 Euro und 5.000 Euro Sachkosten werden jeweils im Produkt 5710000000 für die Jahre 2018 bis 2021 bereitgestellt.

**TOP 14 Errichtung von Arbeitsorten (Co-Working Spaces) als infrastrukturelle Unterstützung von Unternehmensgründungen an den Standorten Wolfenbüttel (Exer) und Remlingen (Forum Asse)  
Vorlage: XVIII-0237/2017**

KAbg. H. Koch erläutert die Vorlage: XVIII-0237/2017.

KAbge. R. Gerndt, M. Koch, Barnstorf-Brandes und Hensel sowie Landrätin Steinbrügge sprechen sich grundsätzlich für die Errichtung von Arbeitsorten aus. Positiv werde gesehen, dass sich nicht ausschließlich auf den Standort Wolfenbüttel konzentriert werde. Jedoch wünschen sich insbesondere die Kreistagsfraktionen von GRÜNEN und CDU, dass das Thema Wirtschaftsförderung intensiver angegangen werde. KAbg. R. Gerndt regt an, in die Richtung FabLab zu denken und sich Anregungen aus anderen Kommunen zu holen, die in der Hinsicht weiter seien als der Landkreis Wolfenbüttel. Landrätin Steinbrügge regt an, dass die Wirtschaftsförderin des Landkreises Wolfenbüttel auf einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit über aktuelle Projekte berichte.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

**Beschluss:**

1. Die Landrätin wird beauftragt mit der Stadt Wolfenbüttel, der SG Elm-Asse und der Ostfalia Hochschule zur infrastrukturellen Unterstützung von Unternehmensgründungen die Errichtung

von Arbeitsorten an den Standorten in Wolfenbüttel (Exer) und Remlingen (Forum Asse) zu betreiben.

2. Zur Umsetzung und als möglicher Co-Finanzierungsanteil wird für das Jahr 2018 ein Betrag von 100.000 € mit Sperrvermerk zur Verfügung gestellt. Der Sperrvermerk kann durch den Kreisausschuss aufgehoben werden.

## **TOP 15   Zuwendung an den Tourismusverband Nördliches Harzvorland e. V. Vorlage: XVIII-0240/2017**

KAbg. H. Koch erläutert die Vorlage: XVIII-0240/2017.

KAbg. Hensel erklärt, dass der Tourismusverband nördliches Harzvorland e.V. bereits vieles erreicht habe. Eine Aufstockung des Betrages sei daher gerechtfertigt. Darüber hinaus werde der Antrag „Flankierende Infrastrukturmaßnahmen touristischer Einrichtungen“, wie er aus der **Anlage 3** des hiesigen Protokolls entnommen werden könne, eingebracht und erläutert. KAbg. Hensel erklärt, dass der Antrag inhaltlich zu diesem Tagesordnungspunkt gesehen werden müsste, über das entsprechende Geld jedoch im Rahmen der Genehmigung des Haushaltes beschlossen werden.

KAbg. Lagosky beantragt eine Sitzungsunterbrechung von 10 Minuten.

Vorsitzender Ganzauer unterbricht die Sitzung um 19:10 Uhr.

Vorsitzender Ganzauer eröffnet die Sitzung erneut um 19:25 Uhr.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

### **Beschluss:**

Der Landkreis gewährt weiterhin jährlich eine Zuwendung an den Tourismusverband Nördliches Harzvorland in Höhe von 150.000 Euro sowie die von der Gesellschafterversammlung festgelegten Mitgliedsbeiträge. Der Betrag für die Zuwendung wird für die Jahre 2019 bis 2022 jeweils um 2,5% angehoben. Der noch zu zahlende Betrag für das Jahr 2018 in Höhe von 75.000 Euro wird um 1.875 Euro angehoben und im Produkt 5750000000.4318000 veranschlagt.

## **TOP 16   Kündigung der Fördervereinbarung mit TV 38 e.V. Vorlage: XVIII-0241/2017**

KAbg. H. Koch erläutert die Vorlage: XVIII-0241/2017.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

### **Beschluss:**

Die Fördervereinbarung mit TV 38 e.V. wird zum 31.12.2018 gekündigt.

**TOP 17 Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das  
Haushaltsjahr 2018- Stellenplan des Landkreises Wolfenbüttel für  
Haushaltsjahr 2018  
Vorlage: XVIII-0230/2017/4**

KAbg. H. Koch erläutert die Vorlage: XVIII-0230/2017/4.

Landrätin Steinbrügge sowie die KAbge. Wolff, Barkhau und Hensel sprechen grundsätzlich zum Stellenplan. Landrätin Steinbrügge erklärt, dass der Stellenplan eine Stellenmehrung von netto 14,15 Stellen und damit statt bisher rund 457 rund 471 Stellen ausweise. Die Gründe der Stellenmehrung seien u.a. in geänderten gesetzlichen Vorgaben, Verbesserung der Dienstleistungsqualitäten, dem Ausbau des Breitbandnetzes sowie in der Fürsorgepflicht gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter begründet. Gute Leistungen könnten nur unter maßvollen und angemessenen Arbeitsbedingungen erbracht werden. Die Personalaufwandsquote liege weiterhin unter 16 % bei 15,43 %, wonach von einem angemessenen Verhältnis zwischen Personalkosten und Gesamtaufwendungen ausgegangen werden könne. KAbg. Wolff ergänzt, dass seit dem Jahr 2011 rund 100 zusätzliche Stellen geschaffen wurden. Die CDU-Kreistagsfraktion werde den hiesigen Stellenplan zwar mittragen, jedoch wäre für die anstehenden Jahre eine langfristige Beratung, Planung und Einbeziehung der Kreispolitik wünschenswert. KAbg. Hensel betont die gute Personalquote. Mit steigenden Aufgaben und Haushaltsvolumen sei eine Stellenmehrung gerechtfertigt. Abschließend werde allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung für ihre professionelle und leistungsorientierte Arbeit gedankt.

KAbge. Barkhau und Nagel erklären, dass sich die Kreistagsfraktion BÜNDNIS/ 90 DIE GRÜNEN für die Themen soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit einsetzen werden. Im Sinne der Nachhaltigkeit werde auf die Klimaschutzziele und das Klimaschutzkonzept Bezug genommen und der Antrag „Umsetzung des Klimaschutzteilkonzepts Liegenschaften und Einstellung eines Klimaschutzmanagers“, wie er der **Anlage 4** zum hiesigen Protokoll entnommen werden konnte, eingebracht und erläutert.

Es entsteht eine Diskussion zwischen den KAbge. Barkhau, Hensel, Wolff, Lagosky, Löhr und Försterling sowie Landrätin Steinbrügge über den eingebrachten Änderungsantrag. Während sich die KAbge. Barkhau und Hensel sowie Landrätin Steinbrügge für den Antrag und die Einstellung eines weiteren Klimaschutzmanagers für die Liegenschaften, zunächst befristet für 2 Jahre und ggf. mit einer Verlängerung um ein Jahr, aussprechen, halten die KAbge. Wolff, Lagosky, Löhr und Försterling dagegen. Aus ihrer Sicht erscheine der Antrag nicht bis ins Detail durchdacht, da weder die Angaben zu den Personalkosten stimmen könnten noch die Sinnhaftigkeit eines weiteren Klimaschutzmanagers gesehen werde. Wenn Geld in dem Bereich investiert werden sollte, dann müssten die energetischen Maßnahmen an den Gebäuden, moderne Heizungstechnik und Isolierungen weiter angegangen werden. Es werde vorgeschlagen zunächst die Zwischenergebnisse aus dem Klimaschutzkonzept abzuwarten und erst nach Vorlage der Ergebnisse über diesen Antrag und weiteren Maßnahmen zu beraten. Darüber hinaus erscheine die befristete Einstellung eines weiteren Klimaschutzmanagers zu kurz gedacht. Nach dem im Antrag festgelegten Zeitraum von zwei bzw. drei Jahren könne man sich keine nachhaltigen Ergebnisse erhoffen. Die befristete Einstellung eines weiteren Klimaschutzmanagers würde zwar nach zwei bzw. drei Jahren auslaufen, aufgrund mangelnder Ergebnisse würde die Stelle aller Voraussicht nach jedoch unbefristet weitergeführt und sodann ohne Co-Finanzierung vom Bund aus Landkreismitteln gezahlt. Auf diese Weise könne die Personalaufwandsquote nicht auf Dauer unter 16 % gehalten werde. KAbg. Försterling regt an, den Antrag zurückzuziehen und diesen zunächst im Fachausschuss zu beraten. Grundsätzlich werde von den Sprechern die Art und Weise des Einbringens des Antrages kritisiert. Ein solch umfassender Antrag mit Auswirkungen auf den Stellenplan müsste den übrigen Kreistagsfraktionen im Vorfeld

einer Sitzung vorgelegt werden. KAbg. Barkhau entgegnet, dass der beschlossene Zeitplan zum Klimaschutzkonzept bereits für das Jahr 2015 die Einstellung eines Klimaschutzmanagers für die Liegenschaften vorgesehen habe. Die Fraktion setze das um, was der Kreistag im Jahr 2013 einstimmig beschlossen habe. Landrätin Steinbrügge erklärt, dass ein weiterer Klimaschutzmanager die Gebäudewirtschaft unterstützen und Aufgaben aus dem Bereich übernehmen könnte, die bislang zu kurz gekommen seien.

Vorsitzender Ganzauer lässt sodann über den Änderungsantrag abstimmen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mehrheitlich mit 24 Ja- und 21 Neinstimmen nachstehenden

**Beschluss:**

Der Änderungsantrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird beschlossen.

Die Kreistagsfraktionen von CDU, AfD und FDP erklären, dass sie den Stellenplan, aufgrund des beschlossenen Änderungsantrages nicht mehr mittragen können.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mehrheitlich mit 24 Ja- und 21 Neinstimmen nachstehenden

**Beschluss:**

1. Der als Anlage zur Vorlage Nr. XVIII-0230/2017/4 beigefügte Stellenplan wird als Bestandteil des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2018 beschlossen.
2. Die Kosten für im Stellenplan 2018 berücksichtigte zusätzliche Stellen in Höhe von 338.000,00 € werden in den Haushalt 2018 eingestellt.

**Anmerkung der Kreisverwaltung:**

*Gemäß Beschluss des Kreistages soll die Stelle eines Klimaschutzmanagers zur Umsetzung des Klimaschutzteilkonzeptes für die Liegenschaften des Landkreises Wolfenbüttel geschaffen werden. Die Stelle soll unter der Voraussetzung der Förderung durch den Bund zunächst für zwei Jahre bzw. bei evtl. Verlängerung der Förderung für ein weiteres Jahr, somit für insgesamt maximal drei Jahre befristet werden.*

*Gemäß § 5 der Kommunalhaushalts- und Kassenverordnung (KomHKVO) weist der Stellenplan neben den Stellen für Beamtinnen und Beamte nur die Stellen der weiteren nicht nur vorübergehend Beschäftigten aus. Da die beschlossene Stelle des Klimaschutzmanagers nur befristet eingerichtet werden soll, ist eine Berücksichtigung im Stellenplan 2018 nicht notwendig.*

*Unter Berücksichtigung des voraussichtlichen Zeitraumes bis zum Vorliegen der Haushaltsgenehmigung durch das MI bzw. des angegebenen Bearbeitungszeitraumes für den Antrag durch den Bund (5 Monate) scheint eine Besetzung der Stelle nicht vor August 2018 möglich. Daher werden im Haushalt 2018 nur anteilige Personalkosten für eine Stelle der Entgeltgruppe 11 TVöD für den Zeitraum von fünf Monaten eingeplant. Die Erträge durch die Förderung der Maßnahme durch den Bund (65%) werden ebenfalls für fünf Monate berücksichtigt.*

*Somit sind im Haushalt 2018 folgende Beträge zu berücksichtigen:*

<u>Produkt</u>	<u>Betrag</u>
----------------	---------------

1113100000.4012000	20.600 €
1113100000.4022000	1.800 €
1113100000.4032000	4.800 €
1113100000.3140000	17.700 €

**TOP 18 Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2018  
Vorlage: XVIII-0230/2017**

KAbg. H. Koch erläutert die Vorlage: XVIII-0230/2017.

Landrätin Steinbrügge zeigt sich erfreut über das positive Haushaltsergebnis, trotz Senkung der Kreisumlage und dankt der Finanzabteilung für die geleistete Arbeit. Der Überschuss sei Ergebnis intensiver Gespräche und zeige, dass der Landkreis Wolfenbüttel auch im Jahr 2018 zurückhaltend und kommunalfreundlich mit seinen Ressourcen umgehe. Die Landkreise haben im deutschen Staatsaufbau, trotz zahlreicher zugewiesener Aufgaben, keine ausreichende Steuereinnahmequelle und müssen stets als Bittsteller bei den Gemeinden auftreten. Mit der Senkung der Kreisumlage haben die Gemeinden Teil an der positiven Entwicklung des Kreishaushaltes. Weitere Entlastungen, beispielsweise bei der Kitaförderung, seien jedoch nicht vertretbar. Die Belastungen im Haushalt 2018 bestehen zu 42 % aus Ausgaben für die Bereiche Jugend und Soziales. Ein Zeichen dafür, dass kommunale Haushalte vermehrt zu sozialen Haushalten werden. Weitere investive Ausgaben fallen für den sozialen Wohnungsbau, den Breitbandausbau, den Neubau der Sekundarstufe II sowie für energetische Maßnahmen der Liegenschaften an. Darüber hinaus investiere der Landkreis Wolfenbüttel insbesondere in Bildung und in die Zukunft der Kinder und Jugendlichen, denn das seien die Fachkräfte von morgen. Der Haushalt 2018 leiste eine gute Basis für die kommunale Familie und alle Bürgerinnen und Bürger.

KAbg. Hensel richtet seinen Dank ebenfalls an die Finanzabteilung für die fortlaufende Aktualisierung. Neben der Senkung der Kreisumlage werde auch die Einzahlung von 2 Mio. Euro in die Kreisschulbaukasse aus dem Jahr 2017 aufgeführt. Mit Blick auf das Jahr 2018 fasse die SPD-Kreistagsfraktion insbesondere die Themenfelder: Unterstützung der Gemeinden, Förderung der frühkindlichen Bildung, alle in Inklusion einbeziehen, bürgerfreundliche Verwaltung weiter stärken sowie Präventionsleistungen in der Jugendhilfe ausbauen, neben dem grundsätzlichen Ziel der Haushaltskonsolidierung, an. Zu einigen Überschriften seien bereits Maßnahmen gestartet, für die übrigen werden nachstehende Änderungsanträge eingebracht und erläutert:

1. Flankierende Infrastrukturmaßnahmen touristischer Einrichtungen von den Kreistagsfraktionen SPD und GRÜNE (**Anlage 3**)
2. Kindertagesstättenförderung – Anhebung der finanziellen Aufwendungen von den Kreistagsfraktionen SPD und GRÜNE (**Anlage 5**)
3. Inklusion – Antrag kommunaler Inklusionsplan von den Kreistagsfraktion SPD, GRÜNE und LINKE (**Anlage 6**)

KAbg. Lagoksy beantragt eine Sitzungsunterbrechung von 45 Minuten.

Stellvertr. Landrätin Wagner-Judith stellt den Antrag, die Sitzungsunterbrechung auf 30 Minuten zu reduzieren.

Der Kreistag zeigt sich einverstanden die Sitzung für 30 Minuten zu unterbrechen.

Vorsitzender Ganzauer unterbricht die Sitzung um 20:45 Uhr.

Stellvertr. Vorsitzende Großer eröffnet die Sitzung um 21:15 Uhr.

Es entsteht eine Diskussion zwischen den KAbge. Fricke, Försterling, Pastewsky, Lagosky, Barkhau, Hensel, Dr. Gerndt und Bosse über die Einbringung der Änderungsanträge zum Haushalt. Während sich die KAbge. Fricke, Försterling, Pastewsky und Lagosky dahingehend äußern, dass es keine Art der Zusammenarbeit sei, solch umfangreiche Anträge direkt in der Sitzung kurz vor einer etwaigen Beschlussfassung einzureichen, erklären die KAbge. Barkhau, Hensel, Dr. Gerndt und Bosse, dass es auch in vergangenen Haushaltsberatungen stets Änderungsanträge gegeben habe. KAbg. Barkhau regt ein Gespräch zwischen den Fraktionsvorsitzenden an, um künftig solch Situationen zu vermeiden und den Umgang mit Änderungsanträgen abzuklären. KAbg. Dr. Gerndt merkt an, dass zu allen Änderungsanträgen Ergänzungen oder Änderungen beantragt werden könnten. KAbg. Lagosky regt die Rücknahme der vorgenannten Änderungsanträge an. Ansonsten werde die CDU-Kreistagsfraktion den Haushalt 2018 geschlossen ablehnen, obwohl die Senkung der Kreisumlage, die positive Entwicklung sowie die Arbeit der Finanzabteilung gerne unterstützt worden wäre. Die Kreistagsfraktionen von FDP und AfD schließen sich der CDU an und werden, aufgrund der Änderungsanträge, den Haushalt ablehnen. KAbg. Hensel erklärt abschließend, dass die Anträge aufrechterhalten werden.

KAbg. Fricke erklärt, dass es sich bei der hiesigen Haushaltsberatung mehr um eine Verteilungs- als um eine Königsdisziplin handele. Die eingereichten Anträge zeigen, dass Überschüsse Begehrlichkeiten wecken. Dabei bleibe zu bedenken, dass einige Einmaleffekte, welche sich positiv auf den Haushalt auswirkten, in den Folgejahren nicht eintreten. Auch die Senkung der Kreisumlage, welche positiv gesehen werde, sei keine Einbahnstraße. Die Ausgaben für die Pflichtaufgaben müssen geleistet werden, alle weiteren Verpflichtungen seien freiwillig.

KAbg. Försterling merkt an, dass sich die Kreispolitik dem sparsamen Umgang mit Haushaltsmitteln der Kreisverwaltung anschließen müsste. Die Ertragslage 2018 stelle sich positiv dar, wonach eine Senkung der Kreisumlage mitgetragen werde, jedoch müsse auch der Mut besessen werden, die Entscheidung zur Senkung in den Folgejahren rückgängig zu machen, wenn die Finanzlage dies erfordere. Trotz der guten Ertragslage dürfe jedoch die Erledigung bestehender Aufgaben nicht aus dem Blick verloren werden. KAbg. Försterling führt dabei u.a. die Organisationsuntersuchung im Eigenbetrieb Bildungszentrum, die Evaluationsberichte der Wirtschaftsförderung, die nachhaltige Entwicklung der WoBau, die Schulentwicklungsplanung oder den Asse-2-Begleitprozess an, wo er sich mehr Entwicklung und Fortschritt gewünscht werde.

KAbg. Pastewsky erklärt, dass der Kreishaushalt weit von einer Leistungsfähigkeit, trotz guter Konjunkturlage und niedrigem Zinsniveau, entfernt sei. Die Schuldentilgung müsste vorangetrieben werden. Trotzdem werde die Senkung der Kreisumlage positiv eingestuft. Eine erfolgreiche Kreispolitik dürfe nicht zu mehr sozial schwachen Bürgerinnen und Bürger führen.

KAbg. Barkhau versteht die eingereichten Änderungsanträge als einen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit.

### **Zu 1: Flankierende Infrastrukturmaßnahmen touristischer Einrichtungen**

KAbg. Fricke regt nachstehende Ergänzung des Änderungsantrages an:

Der Betrag von 20.000 € p.a. wird mit Sperrvermerk in den Haushalt eingestellt. Darüber hinaus wird die Kreisverwaltung gebeten zu prüfen, ob eine Teilfinanzierung aus den Mittel der Stiftung Zukunftsfonds Asse möglich wäre.

Der Antrag wird zur weiteren Diskussion in den Fachausschuss überwiesen.

Stellvertr. Vorsitzende Großer lässt über den Änderungsantrag der Kreistagsfraktionen von SPD und GRÜNE unter Berücksichtigung der Ergänzung von KABg. Fricke abstimmen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei 1 Stimmenthaltung nachstehenden

### **Beschluss:**

1. Im Haushalt 2018 wird ein Produktkonto mit 20.000 € für Infrastrukturmaßnahmen, die sowohl der Instandsetzung und Qualitätssicherung als auch der zukunftsgerechten und nachhaltigen Weiterentwicklung touristischer Einrichtungen des Landkreises Wolfenbüttel, insbesondere im Bereich der Rad- und Wanderwege, dienen.
2. Der Betrag von 20.000 € p.a. wird mit Sperrvermerk in den Haushalt eingestellt. Darüber hinaus wird die Kreisverwaltung gebeten zu prüfen, ob eine Teilfinanzierung aus den Mittel der Stiftung Zukunftsfonds Asse möglich wäre.
3. Der Antrag wird zur weiteren Diskussion in eine der nächsten Sitzungen des Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung überwiesen.

### **Anmerkung der Kreisverwaltung:**

*Veränderung im Haushalt 2018:*

*Produktkonto 5750000000.4212000 im Teilhaushalt 01. Hier werden die vorgesehenen 20.000 € veranschlagt. Zuständiges Amt ist 01.*

## **Zu 2: Kindertagesstättenförderung – Anhebung der finanziellen Aufwendungen**

KABge. Fricke und Försterling regen an, zunächst die Entwicklungen auf Landesebene abzuwarten. KABg. Försterling erklärt, dass das Land beabsichtige anstatt 20 % künftig 52 % der Personalkosten zu übernehmen. Sollte der Antrag beschlossen und die Förderung des Landkreises künftig nicht mehr 75 %, sondern 80 % des Satzes des Landes betragen, würde eine Belastung in Millionenhöhe bei Erhöhung der Landespauschale entstehen. Ein Betrag von 300.000 € würde weit überschritten.

KABge. Hensel und Bosse erklären, dass sich die Erhöhung auf 80 % nur auf eine Personalkostenerstattung von 20 % beziehen. Sobald das Land eine Änderung der 20 % vornehme, müsste der Vertrag zwischen dem Landkreis und den Gemeinden neu verhandelt werden. Ab dem 01.01.2018 bis zum Zeitpunkt der Änderung der Regelung auf Landesebene, sollten die Gemeinden jedoch entsprechend entlastet und der Anteil des Kreises von 75 % auf 80 % angehoben werden. KABg. Bosse merkt an, dass sich die Kreisverwaltung derzeit eine Entlastung der Gemeinden hinsichtlich der Kitaförderung leisten könne und es daher tun sollte.

Landrätin Steinbrügge spricht sich gegen die Anhebung der Kitaförderung aus. Zunächst müsse die Änderung der Bemessungsgrundlage auf Landesebene abgewartet werden und die bestehende Vereinbarung mit den Gemeinden neu verhandelt werden.

Stellvertr. Vorsitzende Großer lässt über den Änderungsantrag der Kreistagsfraktionen von SPD und GRÜNE abstimmen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mehrheitlich mit 22 Ja- und 20 Neinstimmen nachstehenden

### **Beschluss:**

1. Der Personalkostenzuschusses des Landkreises an die Gemeinden wird von 75 % auf 80 % des Betrages, den das Land nach dem Gesetz für die Kindertageseinrichtungen gewährt, ab dem 01.01.2018 bis zu einer Änderung der Bemessungsgrundlage des Landes angehoben.
2. Die Höchstgrenze für Investitionskostenzuschüsse für die Schaffung von erforderlichen Kindertagesstättenplätzen wird von 3.000 € auf 4.000 € pro Platz angehoben.

**Anmerkung der Kreisverwaltung:**

*Veränderung im Haushalt 2018:*

*Personalkostenzuschuss: Produktkonto 3650000000.4312000, Erhöhung um 400.000 € auf 6,0 Mio. €.*

*Investitionskostenzuschuss: Produktkonto 3650000000.7812000, Erhöhung um 40.000 € auf 244.300 €.*

**Zu 3: Inklusion – Antrag kommunaler Inklusionsplan**

KAbge. Fricke und Försterling merken an, dass eine vorherige Beratung im Fachausschuss notwendig sei. Bevor in den Haushalt 2018 10.000 € für einen Inklusionsplan eingestellt werden, müssten entsprechende Inhalte und Verantwortungen geklärt sein.

KAbg. Lagosky beantragt, die Einrichtung eines Sperrvermerks.

Stellvertr. Vorsitzende Großer lässt über die Überweisung in den Fachausschuss abstimmen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

**Beschluss:**

Der Antrag der Kreistagsfraktionen von SPD, GRÜNEN und LINKE. „Inklusion – Antrag kommunaler Inklusionsplan“ wird in eine der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Integration überwiesen.

Stellvertr. Vorsitzende Großer lässt über den Antrag der Kreistagsfraktionen von SPD, GRÜNE und LINKE mit Einrichtung eines Sperrvermerks abstimmen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mehrheitlich mit 38 Ja-, 1 Neinstimme und 3 Stimmenthaltungen nachstehenden

**Beschluss:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt ein Konzept zu erarbeiten, wie ein kommunaler Inklusionsplan entwickelt werden kann. Hierin sollen z.B. mögliche Planungsstrukturen der lokalen Teilhabebplanung, mögliche Entwicklungen von örtlichen Aktionsplanungen und/oder Leitlinienentwürfen aufgezeigt werden.
2. In den Haushalt 2018 wird hierfür ein Produktkonto eingerichtet und mit einem Betrag von 10.000 € mit Sperrvermerk ausgestattet.

**Anmerkung der Kreisverwaltung:**

*Veränderung im Haushalt 2018:*

Produktkonto 3119000000.4271000 im Teilhaushalt 50. Hier werden die vorgesehenen 10.000 € mit Sperrvermerk veranschlagt.

Stellvertr. Vorsitzende Großer lässt sodann über den Haushalt abstimmen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mehrheitlich mit 23 Ja- und 19 Neinstimmen nachstehenden

**Beschluss:**

Der Haushaltsplan des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2018 sowie die mittelfristige Finanzplanung für den Planungszeitraum 2019 bis 2021 werden auf der Grundlage der vorgelegten Entwürfe mit den in der Kreistagssitzung angenommenen Änderungsempfehlungen beschlossen.

Die Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2018 wird unter Berücksichtigung der vom Kreistag angenommenen Änderungen auf der Grundlage des vorgelegten Entwurfes beschlossen.

**TOP 19 Wahl von Vertrauenspersonen als Beisitzerinnen und Beisitzer im Schöffenwahlausschuss für die Amtsgerichte Salzgitter und Wolfenbüttel  
Vorlage: XVIII-0227/2017**

Stellvertr. Landrätin Wagner-Judith erläutert die Vorlage: XVIII-0227/2017.

Stellvertr. Vorsitzende Großer zieht das Los, wonach die AfD-Kreistagsfraktion Herrn Jürgen Barnstorf-Brandes als Vertrauensperson benennt.

Für den Amtsgerichtsbezirk Salzgitter benennt die SPD-Kreistagsfraktion Frau Katrin Brandes.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

**Beschluss:**

Der Kreistag wählt als Vertrauensperson für den Amtsgerichtsbezirk Salzgitter Frau Katrin Brandes und für den Amtsgerichtsbezirk Wolfenbüttel Frau Sarah Grabenhorst-Quidde, Herrn Bruno Polzin, Frau Susanne Fahlbusch und Herrn Jürgen Barnstorf-Brandes.

**TOP 20 Annahme von Spenden und Zuwendungen über 2.000 € durch den Kreistag  
Vorlage: XVIII-0229/2017**

Stellvertr. Landrat Märtens erläutert die Vorlage: XVIII-0229/2017.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

**Beschluss:**

Die Spende von der Jägermeister Mast GmbH in Höhe von 5000 € wird angenommen.

**TOP 21 Annahme von Spenden und Zuwendungen über 2.000 € durch den  
Kreistag  
Vorlage: XVIII-0249/2017**

Stellvertr. Landrat Märtens erläutert die Vorlage: XVIII-0249/2017.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

**Beschluss:**

Die Spende des Förderkreises der Peter-Räuber-Schule e. V. in Höhe von 6.500 € wird angenommen.

**TOP 22 Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit  
Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG i.V.m. § 5h GO)**

Stellvertr. Vorsitzende Großer stellt fest, dass keine Unterrichtungspunkte vorliegen.

**TOP 23 Einwohnerfragestunde (§§ 18, 5 i GO)**

Stellvertr. Vorsitzende Großer schließt die öffentliche Sitzung um 22:34 Uhr.

Stellvertr. Vorsitzende Großer eröffnet die nicht-öffentliche Sitzung um 22:35 Uhr.

Vorsitzender

Protokollführer/in